



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0896890

F/XV/215 - 20. September 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|-------|---|----|
| 1 | <u>Rückschlag für Moskau</u> | 47 |
| | Zur Tagung der Vereinten Nationen | |
| 2 | <u>Schwierigkeiten für de Gaulles Europapläne</u> | 37 |
| | Vorläufige Bilanz der bilateralen Besprechungen im Europa der "Sechs" | |
| | Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer | |
| 3 | <u>Propagandamanöver gegen NATO-Ostseemanöver</u> | 50 |
| | Schleswig-Holstein - gesperrt für Sowjetdiplomaten | |
| 4 - 5 | <u>Der Welt fehlen Ärzte und Medikamente</u> | 87 |
| | Zum 63. Deutschen Ärztetag in der Berliner Kongreßhalle | |
| 6 - 7 | <u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> | |
| | Aufbauleistungen in deutschen Städten | |
| | <u>Frankenthal - die Stadt zwischen Städten</u> | 68 |
| | Von Oberbürgermeister Dr. Jürgen Fahn | |

* * * *

Rückschlag für Moskau

sp - Auch der Sowjetunion wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Das musste der sowjetrussische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow unmittelbar nach seiner Ankunft in New York erfahren. Die ausserordentliche Vollversammlung der Vereinten Nationen hat mit überwältigender Mehrheit den Generalsekretär der UNO, Hammarskjöld, im Kongo-Konflikt unterstützt und die sowjetischen, mit heftiger Lautstärke vorgetragenen Vorwürfe zurückgewiesen, das UNO-Kommando im Kongo habe die rechtmässige Regierung stürzen wollen ... Damit ist die gross angelegte Aktion Moskaus, den Kongo in den Kalten Krieg mit einzubeziehen, zunächst gescheitert. Es musste sich sogar die Ausweisung seines Botschafters in Leopoldville gefallen lassen. Der Sowjetunion ist es nicht gelungen, die neuen afrikanischen Staaten auf ihre Seite zu ziehen, ja, sie sah sich sogar genötigt, um nicht als Friedensstörer dazustehen, ihre eigenen Entschliessungsanträge vor der ausserordentlichen Vollversammlung wieder unter den Tisch fallen zu lassen - ein Vorgang von symptomatischer Bedeutung. Die Stellung Hammarskjölds ist gestärkt, die moralische Autorität der UNO gefestigt worden. Lässt dies Rückschlüsse für den Verlauf der ordentlichen Vollversammlung der Vereinten Nationen zu? Wird Chruschtschow nun der Versuchung widerstehen, dieses Gremium zu einem wilden Propagandaschauplatz zu missbrauchen?

Die UNO-Tagung erhält nicht nur durch die Teilnahme kommunistischer und blockfreier Regierungschefs ihr Gewicht, vor allem sind es die den Weltfrieden bedrohenden Konflikte, die ihr das Gepräge geben werden. Noch zu keiner Zeit nach dem Ende des zweiten Weltkrieges waren die Gegensätze zwischen den beiden Weltmächten so gross und schwerwiegend wie heute. Was es in den vergangenen Jahren an verheissungsvollen Ansätzen einer Verständigung gab, ist durch das Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz zerstört worden. Furcht und Misstrauen beherrschen wie nie zuvor die Handlungen und das Denken der Völker und ihrer Regierungen. Zufall und Fehleinschätzungen können eine Menschheitskatastrophe auslösen. Hatte Chruschtschow dies im Sinn, als er in seiner ersten Erklärung auf amerikanischem Boden von der Notwendigkeit sprach, den gesunden Menschenverstand als Richtschnur zu benutzen, sich nicht durch Gefühle leiten zu lassen und alles zu tun, was zur Verminderung der allzu bedrohenden Spannung zwischen Washington und Moskau beiträgt? Sowjetische Zielsetzungen und Methoden haben aber zu jener Verschärfung beigetragen, die der mächtigste Mann des Kreml nun bedauert. Chruschtschow lässt es zu, dass ein Herr Ulbricht am Viermächtestatus von Berlin rüttelt und einen Vertrag ausschüttet, den die Sowjetunion mit den Westmächten seinerzeit abgeschlossen hat. Der gegen Berlin und den Westen gerichtete Vorstoss Pankows ist jedoch unvereinbar mit einem Klima, in dem Vertrauen wachsen kann. Will Chruschtschow wirklich ernsthafte Verhandlungen, dann hat er Herrn Ulbricht in seine Schranken zu verweisen. Sein Verhalten in der Berlinfrage wird so zum Probefall für den Verständigungswillen der Sowjetunion.

Schwierigkeiten für de Gaulles Europapläne

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Besprechungen General de Gaulles mit dem belgischen Ministerpräsidenten Eyskens waren die direkte Fortsetzung der Beratungen des französischen Staatschefs mit Bundeskanzler Adenauer, sowie nacheinander mit den Regierungschefs Hollands und Italiens. Der Unterschied besteht aber diesmal darin, dass das Geheimnis der Unterredungen etwas gelüftet wurde. Nachdem General de Gaulle in seiner letzten Pressekonferenz seine aussenpolitischen Auffassungen offen und ausführlich dargelegt hatte, hielt der belgische Aussenminister Wigny in Paris eine Pressekonferenz, in der er den Standpunkt Brüssels zu de Gaulles Europaplänen darlegte.

Seine Ausführungen sind besonders interessant, weil sie die Vorbehalte auch der anderen EWG-Partner Frankreichs mehr oder weniger wiedergeben, offiziell und höflich. Sie lassen sich folgendermassen zusammenfassen: Weder Revision, noch Schwächung der Verträge von Rom, Aufrechterhaltung der supranationalen Strukturen, in welchen sich gerade ein kleines Land wie Belgien vor Hegemoniebestrebungen grösserer Partner geborgen glaubt, unbedingte Zusammenarbeit mit den Amerikanern, mit einem Wort, Ablehnung einer "Dritten europäischen Kraft". Wigny ist auch vom Gedanken einer europäischen Volksabstimmung nicht begeistert, weil er Widerstände in den einzelnen nationalen Parlamenten fürchtet.

Andererseits hat General de Gaulle im Laufe der französisch-belgischen Besprechungen nochmals darauf hingewiesen, dass er den Atlantikpakt für notwendiger denn je hält und nur eine Strukturreform und eine entsprechende Verteilung der Verantwortung wünscht. Er unterstrich auch, dass Grossbritannien von der europäischen Zusammenarbeit keineswegs ausgeschlossen sein soll. Der britische Europaminister, Lord Heath, kommt übrigens Anfang Oktober nach Paris. Am 7. und 8. Oktober werden die französisch-deutschen Besprechungen in Bonn von Premierminister Debré und Aussenminister Couve de Murville fortgesetzt. Vor Jahresende sollen den Regierungen der sechs EWG-Länder, als Ergebnis aller dieser bilateralen Verhandlungen, konkrete Vorschläge vorgelegt werden.

Bis jetzt hat man jedenfalls den Eindruck, dass de Gaulles Europapläne in allen beteiligten Ländern auf Widerstände stossen. Selbst bei entsprechender Ausdauer werden diese Beratungen noch lange Zeit beanspruchen. Die regelmässige Zusammenarbeit zwischen den sechs europäischen Regierungen wird, wenn sie zustande kommt, voraussichtlich nicht die von der französischen Regierung gegenwärtig angestrebte besondere Form annehmen.

Propagandamanöver gegen NATO-Ostseemanöver

kn - Am Wochenende begannen die größten Nachkriegsmanöver in der Bundesrepublik mit dem Einrücken der dritten dänischen, vierten britischen und sechsten deutschen Division sowie einiger kanadischer Einheiten in die Aufstellungsräume in ganz Schleswig-Holstein. Die NATO-Herbstübung "Hold fast" der rund 50 000 Soldaten zwischen Zonengrenze und dänischer Grenze bekam durch den Besuch von Bundespräsident Lübke und Bundesverteidigungsminister Strauß in der Marineschule Flensburg-Mürwik, einer Zerstörerfahrt auf der Ostsee und dem Ausschiffen im Flottenstützpunkt Kiel am Sonntag einen hoch offiziellen, wenn nicht gar hoch politischen Anstrich.

Der Besuch stand jedenfalls mit der großen Propagandaoffensive im Zusammenhang, welche der Ostblock gegen die Übung der von der Zonengrenze mit britischen Soldaten vorgehenden "Orangearmee" gegen die im Norden stehenden dänischen und deutschen Truppen der "Blauen Armee" gestartet hat.

Auch die Ostzone ist mit ihrer bösen Angriffspropaganda nicht gerade zimperlich, wie die wütenden Ausführungen des Freiheitssenders 904 beweisen. Die Manöverleitung in Neumünster hat sich jedenfalls darauf eingestellt, daß mit Hilfe eines besonderen Spionageschutzes die Anordnung überwacht werden soll; "während der Übung dürfen sowjetrussische Diplomaten Schleswig-Holstein nicht betreten". Diese Anordnung ist von den Engländern über die "Restkontrollratskonstruktion" ergangen und wird von der NATO überwacht. Bei den großen Wintermanövern in Bayern wurden durch Agenten der Zone falsche Requirierungs- und Quartierscheine in Umlauf gesetzt, um Verwirrung zu stiften. Auch damit rechnet man dieses Mal. Es ist mit gefälschten Evakuierungsbefehlen zu rechnen oder sogar mit der üblen Unterstellung, es werde Giftgas angewendet.

Zu alledem stiftete die Landesregierung des Ministerpräsidenten von Hessel (CDU) auch noch Verwirrung, indem sie am Wochenende zu Manöverbeginn die Meldung herausgab, ein Unterseeboot und ein Flottenbegleitschiff, vermutlich der sowjetischen Marine, hätten sich in der Kieler Bucht des Nachts aufgehalten und die Schifffahrt behindert. Als das Wehrbereichskommando in Kiel davon erfuhr, kennzeichnete es diesen Bericht als "Falschmeldung" und wies darauf hin, daß es sich um dänische Schiffe gehandelt habe. Die Falschmeldung der Landesregierung war aber bereits über die Agenturen und Rundfunkstationen verbreitet und somit ein gefundenes "Propagandafressen" für die Agitatoren in der Zone.

Die Landmanöver "Hold fast", deren Höhepunkt vom 20. bis zum 24. September stattfindet, werden auch durch dänisch-deutsche Flottenmanöver mit dem Decknamen "Bone dry" (Knochen trocken) begleitet, wobei auch hier mit einer Manöverbeobachtung und Radarspionage durch sowjetrussische und ostzonale Kriegsschiffe gerechnet wird. Daneben finden gleichzeitig in Oldenburg Übungen der britischen Rheinarmee unter Einsatz des überschweren Panzers "Erzoberer" statt. Schließlich soll der Grenzschutz Übungsmäßig (oder ist es hier schon ernst?) das Abfangen von Agenten im Zonengrenzraum durchexerzieren. Sogar die 5000 Polizisten des Landes haben Urlaubssperre auferlegt bekommen, um den Verkehr umzulenken, denn es sollen über 12 000 Militärfahrzeuge eingesetzt werden und auch Tiefangriffe von Düsenflugzeugen Übungsmäßig auf Verkehrsadern stattfinden.

+ + +

Der Welt fehlen Ärzte und MedikamenteH.G.S. - Berlin

Der 63. Deutsche Ärztetag, zugleich die XIV. Generalversammlung des Weltärztebundes (WMA), wurde am 16. September festlich in der Kongresshalle Westberlins eröffnet. Die besondere Bedeutung dieses Weltärztertreffens in der bedrängten Stadt Berlin wurde schon daraus ersichtlich, daß bei der Eröffnungsfeier der Bundespräsident Lübke, der Innenminister der Bundesrepublik Dr. Schröder und der Regierende Bürgermeister Brandt, das Wort ergriffen. Von den medizinischen Autoritäten des Weltärztebundes nahmen eine ganze Reihe hervorragender Kapazitäten mit weltweitem Ruf als Kliniker das Wort. Die Eröffnung wurde von dem Präsidenten des Weltärztebundes Dr. Renaud Lemieux durchgeführt. Auch der Präsident des Deutschen Ärztetages und der Bundesärztekammer, Dr. Ernst Fromm äußerte sich bei der ersten Feier der Tagung. Gleichzeitig wurde der Präsident des Weltärztebundes für 1960/61 in sein Amt eingeführt: Dr. Paul Eckel, der sich mit einigen markanten und wegweisenden Worten an seine im Dienste der Menschheit stehenden Kollegen vorstellte.

Dieser Berliner medizinische Kongreß bringt eine bewegende Fülle der Tatsächlichkeiten und des Gedanken- und Erfahrungsaustausches mit sich. Aus 60 Ländern der freien Welt haben sich über 1500 Ärzte in der Stadt Berlin getroffen und mehrere Tage lang beraten und die neuesten Erfahrungen studiert.

Dennoch ist es in der heutigen Welt bedauerlich, daß die Menschheit und ihre Ärzte in dem Teile der Welt von der Tagung ausgeschlossen sind, der seine teilweise beachtliche Forschung allein unter zwangsstaatliche Gesichtspunkte stellen muß. So hätten etwa die russischen Gehirn- und Herzforscher einen erheblichen Akzent bei dieser Tagung abgegeben. Übrigens kam die indische Gruppe, die vielleicht den interessantesten Beitrag zum Weltkongreß beisteuerte, mit ihren 71 Teilnehmern direkt aus Moskau nach Westberlin.

Die ebenfalls am Eröffnungstag verliehene Paracelsus-Medaille der deutschen Ärzteschaft hat zwei sehr würdige deutsche Ärzte belohnt und einen prominenten amerikanischen Mediziner. Prof. Dr. Walther Stöckel wird Nestor der gynäkologischen Forschung genannt, der Arzt Dr. Curt Emmerich ist allen Freunden der Literatur ein rechter Nachfolger des dichtenden Arztes Hans Carossa geworden, denn unter dem Namen "Peter Bamm" hat er sich die Freundschaft von tausenden seiner Leser gewonnen, wie auch jetzt ein Berliner URANIA-Abend mit dem dichtenden Arzt Bamm erwies. Emmerich-Bamms "Essays über die Medizin" gehören zu den tiefer

greifenden Feuilletons über diese dem Menschen gewidmete, helfende Wissenschaft. Dr. Louis Bauer, Vorsitzender eines "people-to-people"-Programms, Generalsekretär des Weltärztekongresses, hat weit über die Grenzen der USA seine Bedeutung als Helfer der Menschheit gefunden. Seine Paracelsus-Medaille ist also ebenso verdient, wie vor acht Jahren ebenfalls in Berlin Prof. Dr. Albert Schweitzer, der Urwaldäktor, diese Anerkennung erhielt.

Und von Dr. Schweitzer ist natürlich auf diesem Kongreß wieder die Rede. In seinem Geiste hat Ende Mai 1960 der deutsche Arzt Dr. Binder bei Pucalla im Osten Perus, an einem Seitenstrom des krankheitsreichen Gebietes von Amazonas ein "Amazonas-Hospital Albert Schweitzer" eröffnet, dessen Modell mit Ausstellungsstücken wir in der Kongreßhalle sahen. Während der große Elsäßer den Bewohnern des Kongo hilft, hat Binder den Kampf besonders gegen die Kindersterblichkeit der Indianer des Amazonas aufgenommen, die derzeit bis zu 85 Prozent beträgt. Schweitzer sagte dieser Tage: "Was man für den Doktor Binder tut, das tut man für mich!" Und wirklich benötigt der tapfere Urwaldarzt aus Südamerika viele Medikamente, Bauten, Materialien.

Das ist übrigens das erschütternde Bild dieses fleißig berührten und an Gesprächen reichen Kongresses: draußen in den Hallen der Kongreßgelände die reiche Schau von Medikamenten des deutschen Wirtschaftswunder-Parkes, in dem Ärzte ohne Stellung und gute Fachkräfte sich als medizinische Vertreter durchschlagen müssen und für reiche Industrien deren hochwertige Pharmazeutika anpreisen können. Die deutsche pharmazeutische Industrie hat heute neben der amerikanischen, der Schweizer und anderen führenden Medikamenten-Ländern einen ersten Platz errungen, wie schon vor dem Kriege.

Aber schwere Sorgen bedrücken die Völker. Während für die Rüstungen viele Milliarden in aller Welt aufgebracht werden, darben die Kranken und leiden Not. Der Titel eines kritischen Filmes "Weil Du arm bist, mußt Du eher sterben" gilt heute mehr denn je in der Welt.

Da ist die furchtbare Not durch die Tuberkulose in Pakistan, der Kampf gegen die Rachitis, der nur mühsam begegnet werden kann durch sehr spärlich zu verteilende Milch und Vitamintabletten, wie Ärzte dieses Distriktes in Berlin berichteten.

Da sind die Sorgen um die Krankenversicherungen und Krankenscheine im Rahmen der Länderpläne auch in Europa. Nicht jedes Land sorgt so vorbildlich für seine Kranken wie etwa Dänemark. Da sind die Sorgen und Nöte der japanischen Ärzte noch immer um ihre Atomkranken, eine Schande für die Menschheit.

Die bedrückende Weltsituation - von China hörte man nur durch einige nationalchinesische Ärzte - wurde ganz durch die Berichte aus Indien deutlich. Dieses Land mit seiner humanen Regierung Nehru hat heute bereits einen Mangel an 320 000 Ärzten. 400 000 000 Menschen haben in Indien nur 80 000 Ärzte, es fehlt auch noch an allem und jedem, um das Land endlich aus dem Mittelalter in die soziale Neuzeit zu führen. Der Weltärztekongreß ist eine jenseits der Politik erklingende ernste Mahnung, den Menschenbruder auf dieser Erde nicht zu vergessen und die wertvolle Lebenskraft zu erhalten.

Frankenthal - die Stadt zwischen Städten

Von Oberbürgermeister Dr. Jürgen Hahn

Die kreisfreie Stadt Frankenthal liegt im engeren Bereich der Städtezusammenballung Rhein-Neckar. Mit ihren 35 000 Einwohnern grenzt sie unmittelbar an Ludwigshafen an. 10 km vom Stadtzentrum Mannheim entfernt werden ihre Probleme, ihr Rhythmus und ihre allgemeine Situation weitgehend von den benachbarten Großstädten bestimmt.

Frankenthal ist eine Industrie- und Arbeiterstadt, auch wenn das äußere Stadtbild mit freundlichen Randsiedlungen und vielfach aufgelockerter Bauweise dies auf den ersten Blick nicht erkennen lässt.

Seit den Kommunalwahlen im Jahre 1956 besitzt die Fraktion der Sozialdemokraten mit 17 von 31 Sitzen im Stadtrat die Mehrheit. Ihr Einfluss war für die Entwicklung in den letzten Jahren entscheidend. Zwei Volksschulen, eine Berufsschule, eine höhere Mädchenschule und ein neusprachliches Gymnasium wurden neu gebaut oder stehen kurz vor der Vollendung. Bei einem Durchschnittsatz von 16 Millionen DM bis 20 Millionen DM in den letzten vier Jahren wurden hierfür 15 Millionen DM, davon allein von Seiten der Stadt 10 050 000 DM aufgebracht. Der soziale Wohnungsbau durch Wohnungsbaugesellschaften und private Bauträger wurde seit der Währungsreform mit 3 325 000 DM an zinsverbilligten Darlehen und mit 113 000 DM an verlorenen Zuschüssen gefördert. Die Stadt selbst hat in der gleichen Zeit für den Wohnungsbau zu Gunsten minderbemittelter Bevölkerungskreise 5 515 000 DM aufgewendet. Die Wohnungsnot ist jedoch noch lange nicht überwunden. Frankenthal gehört zu den Brennpunkten des Wohnungsbedarfes. Die allzu starke Begünstigung des Baues von Eigenheimen und Eigentumswohnungen bedeutet auch in einer Stadt von der Größe und Struktur Frankenthals eine gewisse Erschwerung bei der Überwindung der Wohnungsnot. Der Sog der Industrie und der Zugang von Flüchtlingen und Umsiedlern sind im Verhältnis wesentlich stärker als die Zuweisungen des Landes Rheinland-Pfalz für den sozialen Wohnungsbau.

In der Erkenntnis, daß auch für eine kleinere Stadt die Entwicklung des Verkehrs und der Ausbau der Straßen, sowie eine großzügige allgemeine Planung für die Zukunft entscheidend sind, hat der Stadtrat durch den Städteplaner und derzeitigen Rektor der Technischen Hochschule Hannover, Prof. Wortmann, eine grundsätzliche und umfassende Planung ausarbeiten lassen, die jetzt verwirklicht werden muß.

Der Durchgangsverkehr, der mit 57 Prozent einen hohen Prozentsatz des innerstädtischen Verkehrs ausmacht, muß umgeleitet, die schienengleichen Übergänge der mitten durch die Stadt verlaufenden Bahnlinie Ludwigshafen - Main müssen beseitigt werden. Die Erschließung weiterer großer Wohngebiete ist geplant. Nur so kann die Nachfrage

nach Gelände für den sozialen Wohnungsbau der gemeinnützigen Baugesellschaften und für den Bau von Eigenheimen befriedigt werden. Wichtigstes Problem für die Frankenthaler Industrie ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt, denn die Industrie der benachbarten Großstädte verleiht immer wieder zum Arbeitsplatzwechsel. Bei rund 10 000 Beschäftigten in der Frankenthaler Großindustrie stehen 6 000 Einpendlern etwa 3 000 Auspendler gegenüber. Ein verstärkter Wohnungsbau wäre eine Hilfe aus dieser schwierigen Situation.

Der Wiederaufbau der Innenstadt ist bis auf wenige Baulücken vollendet. Die noch unbebauten Grundstücke sollen nach Möglichkeit als Parkplätze Verwendung finden. Die unmittelbar nach dem Kriege versäumte Auflockerung der allzu engen Straßen muß nachgeholt werden. Auf besondere Initiative der SPD-Fraktion ist mitten im Stadtzentrum neben den Anlagen am Rathaus ein städtisches Altersheim mit 58 Betten im Bau. Den Kindergärten und Kinderspielplätzen gilt die besondere Sorge der Stadtverwaltung. Die Erweiterung des herrlich gelegenen Strandbades durch ein sportgerechtes Schwimmbecken ist bereits vom Stadtrat beschlossen.

Frankenthal, im 18. Jahrhundert dritte Hauptstadt der Kurpfalz, behauptet heute, neben den Großstädten Ludwigshafen und Mannheim, seinen Platz. Seine weltbekannten Industriefirmen, sein reges kulturelles Leben und ein gewisser Stolz auf eine eigenständige Selbstverwaltung sichern ihm auch im Rahmen einer angestrebten engeren Zusammenarbeit mit den großen Nachbarstädten eine aussichtsreiche eigene Entwicklung.

+ + +

Verantwortlich: I.V. Albert Exler